Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1902

16.1.1902 (No. 15)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe „Karlsr. Ztg." — gestattet.

№ 15. **1902.**

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Januar l. J. gnädigst geruht, den Zeichner Heinrich Allgeyer bei der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen zum Bureauvorsteher zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Januar l. J. gnädigst geruht, die Ingenieurpraktikanten Albert Joachim von Sunthausen, Leopold Schlöffinger von Neckarzimmern und Alfons Blum von Eichstetten zu Regierungsbaumeistern zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. d. M. gnädigst geruht, den Revisor Eduard Lohr bei Großh. Landeskommissär dahier, den Polizeikommissär Konrad Meng in Mannheim, den Oberbuchhalter Jakob Kuhn bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim, den Landwirthschaftslehrer Heinrich Ries in Waldshut und den Revisor Oskar Bege bei der Versicherungsanstalt Baden dahier landesherrlich anzustellen.

Durch Entschließung der Steuerdirektion vom 8. Januar d. J. wurde Steuerkommissär Friedrich Hörner in Neustadt der Steuerdirektion zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Revisorrs der Katasterkontrole zugetheilt und Revident Jakob Fischer bei der Katasterkontrole der Steuerdirektion mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Steuerkommissärs für den Bezirk Neustadt betraut.

Nicht-Amtlicher Theil.

Zur Dreibundfrage.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" wird aus Berlin geschrieben:

Seit geraumer Zeit, namentlich aber seit der Veröffentlichung des Zolltarif-Entwurfs, hat man versucht, die öffentliche Meinung Deutschlands durch Ankündigung von Vorbehalten einzuschüchtern, deren Erfüllung in Rom, oder Wien oder Pest zur conditio sine qua non für die Erneuerung des Dreibundes gemacht werde. Der falsche Eindruck, als habe das Deutsche Reich für die Weitergewährung der Bündnißvortheile Bedingungen abzuwarten, die ihm von anderer Seite vorgeschrieben werden sollten, war absichtlich überall erzeugt worden. Niemand hat daher das Recht, den Ueberraschten zu spielen, wenn der deutsche Reichskanzler an den wirklichen Stand der Dinge erinnert und zu verstehen gibt, Deutschland sei auf eine Verlängerung des Dreibundes um jeden Preis nicht angewiesen. Eine Zwangslage besteht für uns nicht, und es war zeitgemäß, einer publizistischen oder gar diplomatischen Taschenspielerkunst, die den bündnißfähigsten Staat Europas in den bundesbedürftigsten verwandeln möchte, mit dieser Erklärung heimzuleuchten. Wir genießen über den gemeinsamen Nutzen der drei Verbündeten hinaus keine Sondervergünstigungen, für die wir von ihnen Opfer fordern oder selber Opfer bringen müßten. Diese Klarstellung war nothwendig. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes können durch die freundschaftliche Offenheit der Kanzlerworte nur gefördert werden. Schon heute weiß man, daß die Andeutung des Grafen v. Bülow von den Regierungen Oesterreich-Ungarns wie Italiens richtig verstanden und mit Befriedigung aufgenommen worden ist.

Auch die Presse der verbündeten Länder hat sich rasch von einem Staunen erholt, das wie gesagt, nicht als natürlich zu betrachten ist. In Italien konnten allerdings die Organe der öffentlichen Meinung durch vieldeutige Aeußerungen der Herren Barrère und Delcassé irregeführt werden. Dagegen ist es ein psychologisches Räthsel, weshalb man vereinzelt in österreichischen oder ungarischen Blättern aus den Worten des Kanzlers eine Spitze gegen die Habsburgische Monarchie herauslesen und die vermeintliche Warnung mit einem Hinweis auf die beim Zerfall des Dreibundes bevorstehende Isolirung Deutschlands hat beantworten wollen. Diese auch bei uns von ängstlichen Leuten als schrecklichster der Schrecken gefürchtete Isolirung würde doch nur möglich sein, wenn nach Auflösung des Dreibundes durch Italien die Wiener Diplomatie ihrerseits zur Trennung des deutsch-österreichischen Bündnisses schreiten sollte. Einen solchen Schritt aber auch nur anzudeuten, geschweige denn zu empfehlen, lag gewiß nicht in der Absicht jener Wiener und Pester Preßstimmen. Für die praktische Politik handelt es sich nicht um die Phantasiegebilde großer Kinder, die sich vor dem Alleinsein fürchten, sondern um die Erneuerung des Dreibundes, zu der nach glaubwürdigen Versicherungen italienischer Staatsmänner auch die Regierung Victor Emanuels des Dritten loyal bereit ist.

Eine bewaffnete Koalition festländischer Staaten zur Vergewaltigung Deutschlands, bei der etwa England das Licht halten könnte, setzt auf der Seite der Angreifer einen Kraftüberschuß voraus, der sich angesichts der neuen weltpolitischen Ziele fast aller alten und mehrerer jungen Großmächte schwerlich zusammenbringen läßt. Gewiß, Rußland kann, wenn es wollte, Frankreich will, wenn es könnte, noch heute starke Machtmittel für Aktionen in Centraleuropa einsetzen. Aber diese Mittel müßten anderen Aufgaben außerhalb Europas entzogen werden, die für die politische, wie die wirthschaftliche Zukunft der Zweibundstaaten ungleich wichtiger sind, als jede Genugthuung, die von schwer zu erringenden und noch schwerer zu behauptenden Erfolgen im Herzen des alten Kontinents zu erwarten wäre. Vielleicht vergehen noch lange Jahre, bis überhaupt neue tiefgreifende Veränderungen in den Macht- und Besitzverhältnissen der einzelnen Länder eintreten. Kommt es aber dazu, so werden die nächsten Entscheidungen weder an den Vogesen, noch an der Weichsel, noch in den Donauländern fallen, sondern wie der Reichskanzler durchblicken ließ, voraussichtlich im Mittelmeer, im Persischen Golf und in Ostasien.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin,** 14. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Wetterle (Elsässer) führt aus, man habe viel von der Lehrfreiheit gesprochen, aber nicht von der Berufsfreiheit. Der Staat müsse die Bedürfnisse und berechtigten Wünsche des Volkes achten und befriedigen. Dieser Standpunkt muß auch auf einer von uns bezahlten Universität vertreten sein. Im Gegensatz dazu hatten wir Lehrer, die es sich zur Aufgabe machten, den Glauben der jungen Studenten planmäßig zu untergraben.

Abg. Schlumberger (Hospit. d. Nat.-lib.) bemerkt, er habe Sattler abgerathen, den Fall Spahn zu erörtern. Derselbe sei noch nicht spruchreif. Der Redner steht auf dem Standpunkte der unbeschränkten Freiheit der Wissenschaft, aber er komme hier gar nicht in Frage, ebensowenig wie Religionsfreiheit. Es sei eine politische Unklugheit, religiösen Eifer, einen sehr gefährlichen Prellbock, in die Sache hineinzutragen. Als natürlicher Gegner der Syndikate müsse er doch zugeben, daß sie sehr segensreich auf die Stabilität der Preisbildung eingewirkt hätten. Mit außerordentlicher Lebhaftigkeit wendet er sich gegen die Sozialdemokraten, denen er ihre Ungeduld gegenüber der sozialen Fürsorge seitens der Regierung vorwirft. Die soziale Gesetzgebung steht nicht still, sondern schreitet stetig vorwärts.

Abg. Schrader (freis. Ver.) bekämpft die Ausführungen Bachems. Es sei doch ein sehr äußerlicher Standpunkt, die Zahl der katholischen Professoren nach der Zahl der katholischen Studirenden bemessen zu wollen.

Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) bemerkt, jeder Protektionismus sei verwerflich, also auch die Berufung des Professors Spahn aus rein konfessionellen oder auch politischen Gründen, und das sei bei dem Falle Spahn Thatsache gewesen. Die Statuten aller Universitäten, die auf einer konfessionellen Grundlage aufgebaut seien, so auch die Hallenser, seien verfehlt.

Abg. Gradnauer (Soz.) sagt, der Ausfall des Reichskanzlers gegen Bebel bezüglich dessen Ausführungen über die deutschen Soldaten sollte wohl nur die Aufmerksamkeit ablenken von dem Verfahren Bülow's, der in seiner ersten Rede Chamberlain heftig angriff, in der zweiten eine Art Abbitte leistete. Er stehe nicht an, zu erklären, daß in Südafrika Dinge geschehen, die jeder Humanität spotten, und daß die Erklärungen Chamberlain's in dieser Besprechung nur Heuchelei und Beschönigungen seien. Vertuschungen seien aber auch bezüglich der Kriegsführung von 1870/71 begangen worden. Die Wegführung der astronomischen Instrumente aus Peking stehe in Widerspruch mit dem Völkerrecht. Normann-Schumann, der zwar des Landes verwiesen sei, scheine doch in Berlin gewesen zu sein und jenes Flugblatt, von dem der Kriegminister gesprochen habe, diesem durch die Polizei überreicht zu haben, denn das Flugblatt sei der sozialdemokratischen Partei unbekannt gewesen. Die sogenannten Hunnenbriefe seien seitens der Gerichte sehr ungenau auf ihre Wahrheit geprüft worden.

Nach einigen Erklärungen Stockmann's (Reichsp.) erklärt der Staatssekretär Graf v. Posadowsky gegenüber den Ausführungen Schlumberger's, der im Verlaufe seiner Rede die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Personen verurtheilte, Schlumberger gehe zu weit. Diese Bestimmungen beruhen noch auf der Gewerbeordnung von 1869, die damals durch die bürgerlichen Parteien angenommen wurde und wohl auch noch heute deren Standpunkt darstellt. Die Regierung sei entschlossen, ruhig und unentwegt in der sozialen Gesetzgebung fortzufahren.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg führt aus, er sei in der Presse vielfach wegen seiner neuerlichen Rede angegriffen worden. Den Angriff der unabhängigen Presse nehme er ruhig hin. Der übrige Theil der Presse sei beeinflußt, entweder durch Rasseneinflüsse oder durch offiziöse. Dem Staatssekretär bemerke er, daß Schulze in Nicaragua seine Entschädigung noch nicht erhalten habe.

Staatssekretär Dr. Frhr. v. Richthofen: Die Regierung von Nicaragua sei bereit, ihr Abkommen mit Schulze zur Ausführung zu bringen, nur möchte Schulze jetzt ein anderes Abkommen haben. Ein Ausfuhrverbot von Waffen sei nicht erlassen worden; infolge dessen könnten unsere Firmen liefern, an wen sie wollten.

Es folgen eine Reihe Bemerkungen der verschiedenen Reden des heutigen Tages.

Die Berathung wird geschlossen; der Etat wird auf Antrag Bachem, Bassermann, v. Kardorff, Rickert, Richter, Graf Stolberg und Singer in seinen Haupttheilen der Budgetkommission überwiesen.

* **Berlin,** 15. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Arendt betreffend Invalidenpensionen.

Abg. Arendt (Reichsp.) begründet seine Interpellation, welche Maßregeln ergriffen werden, um die Mißstände zu beendigen, daß die den Kriegstheilnehmern bewilligte Jahresbeihilfe von 120 M. auch gegenwärtig wieder wegen Mangel an finanziellen Mitteln nicht ausgezahlt werden. Redner zitirt Einzelfälle zum Beweise der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes und sagt, man sei viel zu streng in der Abweisung der Gesuche um Veteranenbeihilfen.

* * *

* **Berlin,** 14. Jan. Die Zolltarifkommission des Reichstages lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab, nach dem die Zölle für eingehende Waaren aufzuheben sind, wenn die gleichen Waaren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikaten, Kartellen u. s. w.) nach dem Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande. Die Kommission lehnte darauf einen neueingebrachten sozialdemokratischen Antrag ab, nach dem die betreffenden Zölle aufzuheben sind, wenn deutsche Syndikate sich für ihre Waaren angemessene Preise im Inlande zahlen lassen. Die Kommission lehnte desgleichen einen Antrag Broemel ab, der den Bundesrath, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages, ermächtigen will, die Zölle auf Waaren, die für die Inlandssyndikate bestehen, herabzusetzen oder aufzuheben, sowie eine Resolution Fischbeck, welche die Einsetzung eines Enqueteausschusses über Kartelle fordert und eine Resolution Singer, welche die Vorlegung des Materials über Kartelle verlangt, welches nach vorheriger Erklärung des Grafen Posadowsky die Regierung gesammelt hat. Im Laufe der Debatte bekämpft Graf Posadowsky die Anträge der Sozialdemokraten als undurchführbar.

Die Polendebatte.

Berlin, 14. Januar.

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die Polendebatte fort. Die ersten Redner Sieg (nat.-lib.) und v. Tiedemann (frk.) traten im wesentlichen dem Aktionsprogramm des Reichskanzlers bei und wünschten nur noch einige Ergänzungen desselben namentlich in Bezug auf die Verlegung von Truppen in die zweisprachigen Mittelstädte. Der Abg. v. Czarlinski zog unter der üblichen Betheuerung loyalster Gesinnung das ganze Register polnischer Beschwerden und erhob u. a. auch den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit wegen der Anwendung des Deutschen als Schulsprache. Er rief damit den Minister des Innern Freiherrn v. Hammerstein in die Schranken. Dieser wies unter wiederholtem Beifall nach, daß vor Erlaß der Verfassung, zur Zeit der Einführung der Verfassung wie nach diesem Zeitpunkte die deutsche Sprache die Grundlage des Unterrichts in der Volksschule im ganzen preußischen Staate wie in den zweisprachigen Landestheilen gebildet habe. Dabei werde und müsse es bleiben. Die Staatsregierung dulde keine Nebenregierung weder von einem deutschen noch einem polnischen Vereine, ihre Aufgabe sei es, die Autorität von Recht und Gesetz gegen Jedermann aufrecht zu erhalten. Dieser Aufgabe werde sie in vollem Umfange auch gerecht werden. Die Loyalitätserklärungen der polnischen Abgeordneten seien Angesichts der aus der Presse ersichtlichen Tendenz der polnischen Bewegung von geringer praktischer Bedeutung. Auch Posen und Westpreußen seien keineswegs überwiegend polnisch, 53 Proz. der Bevölkerung vielmehr deutsch. Nur zum Theil überwiegen die Polen stark und bedauerlicherweise verschiebt sich das Verhältniß mehr und mehr zu Ungunsten der Deutschen. Der Regierung erwächst hieraus die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Deutschthum seine Stellung behauptet. Sie wird diese Pflicht erfüllen. Nach dieser unter lebhaftem Beifall schließenden Rede legte der Abg. Kopsch den Standpunkt der freisinnigen Volkspartei dar und verbreitete sich sehr eingehend darüber, wie nach seiner Meinung in der Schule im Allgemeinen und in Wreschen im Besonderen zu verfahren gewesen wäre. Der Abg. Glowatzki behandelte die Schulfrage vom oberschlesischen Centrumsstandpunkt aus und erhob dabei gegen die Staatsregierung den Vorwurf, die Lehrer zu Spionen gegenüber den Geistlichen zu bestellen. Nachdem der Herr Kultusminister Dr. Studt diesen Vorwurf mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen hatte, wurde die Verhandlung abgebrochen und auf morgen 1 Uhr vertagt.

Prinz Heinrich's Amerikafahrt.

Nach New-Yorker Meldungen widmet die amerikanische Presse dem bevorstehenden Besuche des Prinzen Heinrich ganze Spalten. Sie sieht darin einen Beweis für das Wohlwollen des Kaisers für die amerikanische Nation und

(Mit zwei Beilagen.)

begrüßt diesen Beweis mit voller Genugthuung. Dem Berliner Bureau der „New-Yorker Staatsztg." ist folgende Kabeldepesche aus New-York zugegangen:

Die Nachricht von der Entsendung des Prinzen Heinrich nach Amerika hat hier in allen Kreisen den denkbar größten Enthusiasmus hervorgerufen. Die große Aufmerksamkeit, die der deutsche Kaiser durch diesen Akt der Höflichkeit der amerikanischen Nation erweist, wird hier allseitig gewürdigt und dankbar empfunden. Diese Empfindung wird ihren Ausdruck finden in einem Empfang, wie er noch niemanden zuvor in den Vereinigten Staaten zu theil geworden ist, und an dem sich alle Kreise der Bevölkerung betheiligen werden. Die Behörden fangen schon jetzt an, ihre Vorbereitungen zu diesem Empfang zu treffen. Die Stimmung in der ganzen Stadt ist festlich. Washingtoner Telegramme berichten, daß in der Bundeshauptstadt genau dieselbe Stimmung herrscht.

Ein der „Voss. Ztg." aus London übermittelter Drahtbericht besagt:

Dem „Daily Telegraph" wird aus New York gedrahtet, der Mayor werde demnächst einen aus hervorragenden Bürgern bestehenden Ausschuß ernennen, der einen Plan für einen würdigen Empfang des Prinzen Heinrich ausarbeiten soll. Der Gemeindevorsteher von Manhattan regte an, dem Prinzen Heinrich das Ehrenbürgerrecht der Stadt New-York zu ertheilen; ein Ausschuß hervorragender Bürger New-Yorks solle ihn bei der Landung begrüßen und gebührend empfangen. Wahrscheinlich wird ein großes Banket veranstaltet werden. Die deutsch-amerikanischen Einwohner New Yorks dürften, wie man annimmt, ein besonderes Fest veranstalten.

(Telegramme.)

* **New-York,** 14. Jan. Das Kabinet berieth laut Kabeltelegramm der „Frankf. Ztg." hinsichtlich des Besuches des Prinzen Heinrich und beschloß, alles Erdenkliche zu thun, um diese Gelegenheit zu einer denkwürdigen Demonstration deutschen und amerikanischen Einvernehmens zu machen.

* **Washington,** 15. Jan. Präsident Roosevelt zeigt großes Interesse für die Vorbereitungen zum Empfang des Prinzen Heinrich von Preußen. Er verhandelte über die Angelegenheit in der gestrigen Sitzung des Kabinetsraths persönlich. Wie verlautet, wird Contreadmiral Evans das nordatlantische Geschwader, das den Prinzen auf hoher See begrüßen soll, befehligen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 15. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag von 10 Uhr an bis 2 Uhr den nachgenannten Personen Audienz: dem I. Staatsanwalt Dr. Dölter in Offenburg, den außerordentlichen Professoren Dr. Passow, Dr. Braus, Dr. Port, Dr. Salomon, Dr. Ehrismann, Dr. Bettmann und Dr. Brauer an der Universität Heidelberg, dem Amtsvorstand Amtmann Dr. Baur, dem Amtsrichter Ruch und dem Notar Dr. Wunder in Bonndorf, dem Notar Kern in Thiengen, dem Oberförster Krieger in Stühlingen, dem Kreisschulrath Röttinger in Tauberbischofsheim, den katholischen Pfarrern Müller in Schlatt, Schmidt in Spechbach und Weber in Horben; ferner dem Domkapitular Behrle und dem Hofrath und Universitätsprofessor Dr. Thomas in Freiburg, dem Forstmeister Flachsland in Lörrach, dem außerordentlichen Professor Dr. Dyroff an der Universität Freiburg, dem Forschungsreisenden Dr. Haberer aus Griesbach, dem Finanzassessor Wagner in Kehl, dem Forstassessor Dr. Barth in Freiburg, dem Vikar Greiner in Ichenheim und dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Roller in Karlsruhe.

Um 3 Uhr besuchte Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max, Höchstwelcher heute Früh aus Berlin zurückgekehrt ist, die Großherzoglichen Herrschaften. Hierauf erhielten Ihre Königlichen Hoheiten den Besuch Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Georg Wilhelm von Cumberland, der im Begriff ist, nach Wien zurückzukehren. Abends halb 6 Uhr hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsraths Dr. Seyb.

Heute Abend 7 Uhr besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin das Abonnementskonzert des Hoforchesters in der Festhalle.

* (Auszeichnung.) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen verlieh der Pianistin Frieda Hodapp den Titel als Kammervirtuosin.

* (Coquelin-Gastspiel.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Constant Coquelin, der größte unter den lebenden französischen Schauspielern, hat am 13. d. M. seinen Einzug in Berlin im Königl. Schauspielhause gehalten. Sein Gastspiel dortselbst war auf drei Abende berechnet. Der Ansturm des Publikums war aber so gewaltig, daß Herr Coquelin ersucht werden mußte, sein Gastspiel auf sechs Abende auszudehnen. Der Erfolg des ersten Gastspielabends war über alles Erwarten großartig. — Nach dem Berliner Gastspiele wird Herr Coquelin in Leipzig, Hannover, Köln und Frankfurt a. M. an je 2—3 Abenden auftreten. Am 29. und 30. Januar folgt dann sein Gastspiel im Hoftheater in Karlsruhe. Mit Herrn Coquelin wird die ausgezeichnete Schauspielerin Marguerite Durand hierher kommen und als Coquelin's Partnerin in „Tartufe" und „Mademoiselle de la Seiglière" auftreten. Die schöne und geistvolle Künstlerin war bis zu ihrem Eintritt in das Ensemble Coquelin's Mitglied der Comédie Française, wo sie eine empfindliche Lücke hinterlassen hat. Marguerite Durand steht als Schriftleiterin der Zeitung „La Fronde" an der Spitze der Pariser Frauenbewegung. Unter den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft Coquelin's seien die graziöse Gilda Darty und die hervorragenden Charakterspieler Duquesne und Volny besonders hervorgehoben. Das Ensemble des Théatre de la Porte St. Martin ist als hervorragend bekannt.

* (Gesindeball.) Um das bevorstehende Ballfest auch hinsichtlich der Verkehrsbedingungen auf die Höhe der heutigen Zeit zu heben, hat das Comité beschlossen, in dem großen Saal ein Ballpostamt einzurichten, für dessen durchaus tadellose Funktion das Polizeiamt garantiren wird. Zu diesem Zwecke werden bei dem Orchesterpodium mehrere Briefkästen angebracht sein, deren Benutzung es den Besuchern des Balles ermöglichen wird, sowohl unter einander in gegenseitige Verbindung zu treten, wie auch nach außen Postkarten u. s. w. zu versenden. Die an die anwesenden Besucher gerichteten Sendungen werden portofrei besorgt und von Abends 8 Uhr ab jeweils viertelstündlich durch weibliches und männliches Postpersonal ausgetragen werden. Für die nach auswärts gerichteten Sendungen ist im Interesse der p. p. Empfänger Frankirung dringend wünschenswerth. Den tanzlustigen Besuchern des Balles wird ferner das von der Polizeiverwaltung in liebenswürdigem Entgegenkommen errichtete Gesinde-Bureau auf das wärmste an's Herz gelegt. Das Bureau befindet sich am Eingang zum Biertunnel und ist in der uneigennützigsten Weise bereit, die Annäherung zwischen den Ballbesuchern zu vermitteln. Wünscht beispielsweise ein Angehöriger des männlichen Gesindes mit einer ihm unbekannten Küchenfee oder Kammerzofe zu tanzen, so löst er auf dem Gesindebureau gegen die billige Taxe von 50 Pf. einen Miethsschein, dessen Vorzeigung ihm eventuell unter Vermittlung eines wachthabenden Schutzmanns alsbald die Gewährung seines Wunsches verschaffen wird. Eine Berechtigung der betreffenden weiblichen Dienstboten, einen auf diese Weise akkordirten Tanz zu verweigern, kann von Seiten der Polizeiverwaltung nicht anerkannt werden. — Als weitere hochinteressante Sehenswürdigkeit des Festes sind die in einem unterirdischen Raume des großen Saales errichteten Katakomben zu erwähnen, deren Besuch kein Theilnehmer des Balles versäumen sollte. Es wäre unstatthaft, voreilig den Schleier des Geheimnisses zu lüften, der die hier angesammelten Raritäten und Sehenswürdigkeiten vor dem profanen Auge verbirgt. Nur in Kürze mag darauf hingewiesen sein, daß der mäßige Eintrittspreis von 50 Pf. in keinem Verhältniß steht zu der Fülle anregender Belehrung, die jedem Besucher der Katakomben zutheil werden wird, zudem es dem Festcomité gelungen ist, eine wissenschaftliche Kraft ersten Ranges zur Erläuterung der dort aufgespeicherten Schätze zu gewinnen.

* (Der erste diesjährige Festhallemaskenball) findet, wie bereits angekündigt, Samstag den 25. d. M. statt. Die Summe der zur Prämiirung von Einzelkostümen und Gruppen ausgesetzten Preise ist gegenüber früheren Bällen von 800 M. auf 1020 M. erhöht. Der erste Damenpreis und der erste Herrenpreis werden in Baarbeträgen von je 100 M. gegeben, die übrigen Einzelpreise in Form praktischer Ausstattungsgegenstände. Zur Belebung des Balles durch Gruppen sind die Gruppenpreise gleichfalls wesentlich erhöht (I. Preis 300 M., II. Preis 150 M., III. Preis 50 M.). In die Ball und Konzertmusik theilen sich die vollständigen Kapellen des 1. Badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109 und des 1. Badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20 in einer Gesammtstärke von etwa 80 Mann. Zur bequemen Besichtigung des Balles sind für Diejenigen, welche sich nicht in das fröhliche Treiben im Ballsaale mischen wollen, nummerirte Plätze in der Balkonloge der oberen Galerie eingerichtet, die sich von jeher lebhafter Nachfrage erfreuten.

★ (Werkmeisterbezirksverein.) Im Kolosseumssaale hielt am Samstag Abend der Werkmeisterbezirksverein sein 15. Stiftungsfest ab. Ein reichhaltiges Programm, bei welchem außer der Kapelle ehemaliger Militärmusiker unter Direktion des Herrn Weber die Konzertsängerin Fräulein Thiede, der Gesangverein „Badenia" unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Musiklehrers Rahner und die Akrobaten- und Zöglingsabtheilung des Athletenklubs „Germania" mitwirkten, sorgte in reichem Maße für Unterhaltung. Der Vorsitzende, Herr Matern, hieß die Erschienenen willkommen und verbreitete sich an der Hand von Ziffern über die Unterstützungsgelder (Sterbegeld, Witwen- und Waisengeld u. s. f.), die der Verband seit seinem Bestehen verausgabt hat. Der Verband zählt circa 30000 Mitglieder und besitzt 8 000 000 M. Vermögen. Mit einem warmen Appell an die Mitglieder und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog schloß Herr Matern seine Ausführungen. Im Laufe des Abends ergriff der Alterspräsident der mit dem Werkmeisterverein eng befreundeten Gesellschaft „Ulk", Herr Schauffler, das Wort, berührte die guten Beziehungen beider Vereine und überreichte einen goldenen Fahnennagel. Die Veranstaltung selbst verlief auf's Beste.

⚖ (Tagesordnung des Schwurgerichts für das erste Quartal 1902.) Montag, den 20. Januar, Vormittags 9 Uhr. 1. Albert Georg Bertsch aus Darlanden wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Nachmittags 4 Uhr. 2. Rosa Bayer aus Bern wegen Meineids. Dienstag, den 21. Januar, Vormittags 9 Uhr. 3. Wilhelm Merklinger aus Gertrudenhof, Gemeinde Pfaffenroth, wegen versuchten Straßenraubs. Nachmittags 4 Uhr. 4. Richard Heinrich Becker aus Ehrstädt wegen Unterschlagung im Amte. Nachmittags 5 Uhr. 5. Lioba Kuhn aus Hochhausen wegen Kindestödtung. Mittwoch, den 22. Januar, Vormittags 9 Uhr. 6. Jakob Henninger aus Bruchsal wegen Meineids. Nachmittags 4 Uhr. 7. Franz Albin Gerst aus Malsch wegen Sittlichkeitsverbrechen und Beleidigung. Donnerstag, den 23. Januar, Vormittags 9 Uhr. 8. Heinrich Knauber und Karl Knauber aus Friedrichsthal bei Saarbrücken wegen Münzverbrechens. Nachmittags 4 Uhr. 9. Karl Neugart aus Pfaffenweiler wegen erschwerter Amtsunterschlagung. Freitag, den 24. Januar, Vormittags 9 Uhr. 10. Josef Hirsch aus Kippenheimweiler wegen Amtsunterschlagung. Nachmittags 4 Uhr. 11. Emma Emilie Heinemann aus Soderode wegen Betrugs, Betrugsversuchs und erschwerter Urkundenfälschung. Samstag, den 25. Januar, Vormittags 9 Uhr. 12. Paulina Roth geb. Kiefer aus Baden wegen Verbrechens gegen §§ 219 und 218 R.St.G.B. Vormittags 11 Uhr. 13. Gottlieb Trost aus Sindelfingen und Karl Schmidt aus Pforzheim wegen Sittlichkeitsverbrechens und Raubs. Dienstag, den 28. Januar, Vormittags 9 Uhr. 14. Josef Daum aus Bischweier wegen Sittlichkeitsverbrechens. Nachmittags 4 Uhr. 15. August Grau aus Ispringen wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Mittwoch, den 29. Januar, Vormittags 9 Uhr. 16. Karl August Herberger aus Rheinsheim wegen Raubmords.

▲ Aus dem Polizeibericht.) In dem Keller eines Hauses der südlichen Marienstraße ist gestern Abend ¾9 Uhr auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, wobei ein Küchentisch, ein Obstkorb, einige Säcke und Packmaterial verbrannten. Das Feuer wurde ohne fremde Hilfe von den Hausbewohnern gelöscht. — Gestern Nachmittag 1 Uhr fiel ein in der Rotwackanlage wohnhafter Steuerbote in einem Hause der Waldhornstraße, in dem er Zustellungen zu machen hatte, die Treppe des zweiten Stockes herunter, wobei er sich innerliche Verletzungen zuzog, die seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus nöthig machten. — In der Rheinstraße wurde gestern Vormittag 10 Uhr ein 8 Jahre alter Knabe, als er das Geleise der Straßenbahn überschreiten wollte, von einem Straßenbahnwagen erfaßt und zu Boden geworfen, wobei er eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Knabe, welcher taubstumm, hatte weder das Glockensignal, noch das Zurufen des Wagenführers vernommen. — Vom 20. vorigen bis 5. dieses Monats wurden aus einem verschlossenen Weinkeller einer Wirthschaft in der Kaiserstraße mit Nachschlüssel 3 Flaschen Sportsman, 4 Flaschen Herrgottsacker, 9 Flaschen Marceaux, 22 Flaschen Affenthaler, 23 Flaschen Mercier und 22 halbe Flaschen Burgeff gestohlen. Am 5. d. hat ein hiesiger Taglöhner einen Hausburschen, von dem er wußte, daß er Geld hatte, zu überreden gewußt, mit ihm nach Durlach zu gehen und dort in einem Gasthaus zu übernachten. Als am anderen Morgen der Hausbursche wach wurde, war sein guter Freund und mit ihm ein Portemonnaie mit 25 M. verschwunden. — In der Nacht zum 11. d. wurde an einer Verkaufsbude gegenüber dem Hotel Germania das Vordach beschädigt und dadurch dem Eigenthümer ein Schaden von 10 M. zugefügt. — Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr wurde in der Kaiserstraße gegenüber der Technischen Hochschule eine Mansarde erbrochen und daraus einem Bahnarbeiter einen braunen Joppenanzug und 17 M. in baar gestohlen. — Verhaftet wurde die Ehefrau eines Schlossers aus der Schweiz, die von der Staatsanwaltschaft in Zürich wegen Betrugs verfolgt wird.

V **Heidelberg,** 14. Jan. Im Stadttheater ist Hartlebens „Rosenmontag" mit großem Erfolg, dank der vortrefflichen Aufführung, in Szene gegangen. Der jugendliche Liebhaber

---

Die Regierung und das Heidelberger Schloß

Der Herr Finanzminister Dr. Buchenberger hat das folgende Schreiben an den Herrn Präsidenten der Zweiten Kammer der Landstände gerichtet:

Im Anschluß an die Uebermittlung des Protokolls über die Heidelberger Schloß-Konferenz vom Oktober v. J. beehre ich mich zwei Aktenstücke zu übersenden, deren Inhalt für die Mitglieder der Volksvertretung zur Beurtheilung der Heidelberger Schloßfrage von Werth sein wird. Das erste Schriftstück ist ein Präsidialerlaß vom 22. Oktober 1894 an den Vorstand der Baudirektion, Oberbaudirektor Durm, und ist veranlaßt durch die Erörterungen, welche im Landtag 1893/94 in den Kammern über die zum Schutz des Heidelberger Schlosses regierungsseitig zu treffenden Maßnahmen sich abspielten. Das zweite Aktenstück ist der in Erledigung dieses Präsidialerlasses eingekommene Bericht des Oberbaudirektors Durm vom 25. Dezember 1894. In beiden Aktenstücken sind einzelne Stellen, welche von untergeordneter Bedeutung sind oder Personenfragen betreffen, die die Oeffentlichkeit nicht berühren, weggelassen worden. Bevor ich auf den Inhalt dieser beiden Aktenstücke eingehe, soll der Vollständigkeit halber in aller Kürze der Gründe, die zur Restaurirung des Friedrichsbaus geführt haben, gedacht werden.

Die Beschlüsse der Heidelberger Schloßbaukonferenz vom Jahr 1891, welche dem Protokoll über die letzte Konferenz vom Oktober 1901 als Anlage beigegeben sind, hatten unter Anderem eine Abformung der Statuen des Friedrichs- und des Otto-Heinrichsbaues in Gyps und nach beendeter Abformung die Wiederverbringung der Originalstatuen an ihre alten Standorte in Aussicht genommen. Die Abformung in Gyps wäre indessen nach den erhobenen kunstverständigen Gutachten für den Bestand der im Zustand starker Verwitterung begriffenen Statuen bedenklich und sie gefährend gewesen und ebenso konnte aus demselben Grund eine Wiederaufstellung der alten Statuen nicht in Frage kommen, es wurde vielmehr „im Interesse ihrer Erhaltung" die Aufstellung der in Stein anzufertigenden Kopien dringend empfohlen (Beschlüsse einer unter Leitung des Oberbaudirektors Durm am 26. und 27. Oktober 1894 in Karlsruhe und Heidelberg tagenden, aus Architekten und Bildhauern zusammengesetzten Sachverständigenkommission). Zugleich ergab sich auf dieser Konferenz Meinungsübereinstimmung dahin, daß vor der Verbringung der Kopien an ihren Standort mindestens die die Figurennischen umgebenden stark beschädigten Architekturtheile nothwendigerweise wiederhergegstellt werden müßten.

Diese in dringlicher Weise betonte Nothwendigkeit einer im Uebrigen mit thunlichster Schonung des Bestehenden vorzunehmenden Restaurirung einzelner Theile der Fassade des Friedrichsbaus aus Anlaß der Aufstellung der von dem bildnerischen Schmuck genommenen Kopien gab der Baudirektion Veranlassung, in Uebereinstimmung mit dem Erlaß der vorerwähnten 1894er Konferenz, Antrag auf planmäßige Restaurirung des Friedrichsbaus überhaupt zu stellen. „Der Friedrichsbau", heißt es in einem Bericht der Baudirektion vom 6. November 1894 No. 2701, „kann unabhängig von den anderen Bauten in seiner Restaurirung behandelt werden, wie er auch unabhängig von den andern Bauten des Schlosses entstanden ist und erbaut wurde." Insbesondere wurde in diesem Bericht der Baudirektion beantragt, dem Bau sein ursprüngliches hohes Dach wieder zu geben. „Die Zwerchhäuser mit ihrem jetzigen traurigen Anschluß an das zu niedrige Satteldach (das im 18. Jahrhundert als Nothdach nach einer eingetretenen Brandkatastrophe aufgebracht wurde), welches Nothdach in die unteren Fenster einschneidet und die Zumauerung der oberen erfordert, verlangen die Aenderung beinahe gebieterisch." Mit diesen Anträgen auf umfassendere und in einem Zug herzustellende Restaurirungsarbeiten am Friedrichsbau hatte augenscheinlich die Baudirektion und deren Vorstand die Unterlage der Heidelberger Konferenzbeschlüsse des Jahres 1891, wenigstens was den Friedrichsbau anlangt, ihrerseits preisgegeben. Denn mit dem Beschluß jener Konferenz unter Ziffer 2: „die (am Heidelberger Schloß) vorzunehmenden Arbeiten müssen bis in die kleinsten Theile auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet sein. Erneuerungen (auch von Ornamenten und figürlichen Darstellungen) sollen erst vorgenommen werden, wenn das Bestehende vollständig oder schon so weit zerstört ist, daß eine Ausbesserung ausgeschlossen erscheint" — war weder die sofortige Inangriffnahme des Ersatzes aller Statuen durch Kopien, noch die Antrag gebrachte durchgängige Restaurirung der beiden Fassaden, am wenigsten die Ersetzung des vorhandenen und keineswegs baufälligen Daches durch ein neues in Einklang zu bringen. Da aber die Vorschläge durch die Baudirektion nach Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit zweifellos begründet und wohldurchdachte waren und zudem auf die Gutachten der vernommenen Spezial-Sachverständigen sich stützten, so lag für das Finanzministerium alle Veranlassung vor, diesen Anträgen stattzugeben. Eine Anforderung für die Restaurirungsarbeiten am Friedrichsbau, die, wie bekannt, auch auf den Innenbau sich erstreckten, um der Stadt Heidelberg für ihre Sammlungen erweiterte Räumlichkeiten zur Verfügung stellen zu können, erfolgte erstmals im Budget für 1894/95. Mit der Ausführung der Restaurirungsarbeiten wurde Oberbaurath Professor Schäfer betraut. Die Restaurirungspläne selbst wurden in einer unter dem Vorsitz des Unterzeichneten abgehaltenen Ministerialsitzung in Anwesenheit des Planfertigers und des Oberbaudirektor Durm, nachdem Letzterem zuvor Einsicht der Vorarbeiten und Gelegenheit zur gutächtlichen Aeußerung über dieselben gegeben war, durchberathen und mit einigen Modifikationen gutgeheißen, insbesondere auch beschlossen, daß „der Aufbau von Kaminen mit Köpfen in der alten Form mit Rücksicht auf den früheren Bestand des Baus nicht entbehrt werden kann" und daß das Gleiche von den (ehemals vorhanden gewesenen) Dachgauben zu gelten hat, die aber „in möglichst schlichter Form und geringer Anzahl zu erstellen sein werden".

Die Restaurirung des Friedrichsbaus ist inzwischen der Vollendung nahe gerückt. Dem seiner Zeit in Uebereinstimmung mit desfallsigen Aeußerungen der Baudirektion von dem Ministerium gegebenen Auftrag, „daß bei Auswechselung und Ergänzung der Fassadensteine thunlichste Zurückhaltung und Belassung aller im Bestand nicht angegriffenen Steine zu beobachten sei", hat, wie ich glaube annehmen zu können, der Restaurationsleiter im Lauf der Ausführung zu entsprechen sich bemüht. Wenn sehr viel mehr Fassadensteine ausgewechselt

Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Jedermann ist freundlichst

Bernay gab als Hans eine Meisterleistung. — In einem Vortrag ist Levinski vom Hofburgtheater mit gewohntem Enthusiasmus aufgenommen worden. — In dem gestrigen vierten Konzert des Bachvereins wurde eine Novität Huber's E-moll-Symphonie (Böcklin-Symphonie) gespielt. Das klangschöne, geistvolle, wenn auch nicht sehr originelle Werk, mustergiltig einstudirt, fand lebhaftes Interesse. Die Damen Huber und Philippi erwiesen sich in fein ausgeglichenen Duettvorträgen als vornehme Sängerinnen.

* **Kleine Nachrichten aus Baden.** Unter großem Andrang des Publikums wurde heute vor dem Schwurgericht in **Mannheim** gegen den 21 Jahre alten Friseurgehilfen Martin Lösch wegen Todtschlags verhandelt. Lösch hatte in der Nacht vom 6. zum 7. Mai v. J. in der Wirthschaft zum „Rodensteiner" seiner Geliebten, der Kellnerin Philippine Jung, den Hals durchschnitten und dann durch Gift und Schnitte mit dem Rasiermesser sich selbst zu tödten versucht. Lösch wurde zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Der Bahnassistent Heizmann von **Haslach** bekam auf dem Heimwege vom Dienst einen Blutsturz. Er verstarb, in seine Wohnung gebracht, nach kurzer Zeit. — Wie die „Freibg. Ztg." meldet, hat sich Rathschreiber Walter von **Emmendingen,** welcher nach Unterschlagung von 251M. Vereinsgelder flüchtig ging, gestern Abend der Staatsanwaltschaft selbst gestellt. — In **Waagbach** bei Oberhausen wurde der Hauptlehrer Sauer von Wagbäusel todt aufgefunden. — Der Bürgersohn Joseph Fehrenbach wurde beim Holzfällen im Domänenwald bei **Holzschlag** (Amtsbezirk Bonndorf) dieser Tage derart von einer fallenden Tanne getroffen, daß er wenige Stunden darauf, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, den Verletzungen erlag.

---

* **Karlsruhe,** 15. Jan. 3. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 18. Januar, Vormittags 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Nachweisung der in den Jahren 1899 und 1900 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung (I. Beilageheft). Berichterstatter: Frhr. v. Göler.
3. Berathung des Berichts der Petitionskommission, die Nachweisung über die der Großh. Staatsregierung während des Landtags 1899/1900 von der Ersten Kammer überwiesene Petitionen und deren Erledigung betreffend. Berichterstatter: Frhr. v. Rüdt.
4. Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Prüfung der Rechnung des Archivars über die Kosten der Ersten Kammer vom Landtag 1899/1900. Berichterstatter: Frhr. v. Göler.

* **Karlsruhe,** 15. Jan. 22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 16. Januar 1902, Vormittags halb 10 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz und damit in Verbindung
2. Besprechung der Interpellationen der Abgg. Dreesbach und Genossen, sowie Muser und Genossen, den neuen Zolltarifgesetzentwurf betreffend. (Fortsetzung.)

England und Transvaal.

(Telegramm.)

* **London,** 15. Jan. Asquith hielt gestern in Henley eine Rede, in welcher er ausführte, es sei die Absicht aller Engländer ohne Unterschied der Parteistellung, daß die Armee einer jeden Nation, welcher Zeit der Weltgeschichte sie auch angehöre, stolz darauf sein könnte, mit der südafrikanischen in Bezug auf Muth, Ausdauer und Menschlichkeit verglichen zu werden.

* **London,** 14. Jan. Lord Kitchener meldet aus Johannesburg vom 13. Januar: Im östlichen Transvaal scheint sich der Feind zerstreut zu haben, obwohl er daselbst 500 seiner besten Streiter zusammengezogen hatte, um bei Onverwacht gegen Plumer vorzugehen. Die Hauptmasse des Feindes im westlichen Transvaal steht westlich von Rustenburg.

* **London,** 15. Jan. Kitchener telegraphirt aus Johannesburg vom 13. Januar: Es gelang der Streitmacht Bruce Hamiltons, bis auf drei Meilen an Louis Botha heranzukommen, welcher auf einem Wagen in der Nacht zum 11. entkam. Die Truppen, welche einen langen Marsch gemacht hatten, verfolgten Botha sieben Meilen, bis die Pferde erschöpft waren. 32 Buren wurden gefangen genommen.

* **Melbourne,** 14. Jan. Im Bundesparlament brachte der Bundespremierminister Barton eine Resolution ein, in welcher erklärt wird, das Haus ergreife im Hinblick auf die Absendung des australischen Kontingents nach Südafrika die Gelegenheit, um der Entrüstung über die im Auslande gegen die Ehre des britischen Volkes, sowie gegen die Menschlichkeit und den Werth der britischen Soldaten erhobenen Beschuldigungen Ausdruck zu geben. Weiter heißt es in der Resolution, das Haus erkläre, daß Australien bereit sei, dem Mutterlande alle erforderliche Hilfe zu leisten und daß, wenn auf das Verlangen Großbritanniens nach Truppen vom australischen Bund die Regierung vom Parlament angewiesen worden wäre, die Truppen zu verweigern, die Regierung zurückgetreten sein würde. Wenn man von der Regierung verlangt hätte, zwei oder dreitausend Mann Truppen zu senden, so würde sie diese Anzahl ebenso bereitwillig gesandt haben, wie eintausend Mann. Hierauf wurde der erste Theil der Resolution einstimmig, der zweite Theil mit allen Stimmen bis auf die von fünf Arbeiterpertretern angenommen.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

* **London,** 15. Jan. Der „Standard" meldet aus Shanghai, es verlaute, die Russen hätten sich vor dem Tode Li-Hung-Tschangs im Gebiete von Nanwal südöstlich von Shanghai in der Nähe vom Yangtsekap eine Konzession gesichert.

* **Hongkong,** 14. Jan. Im Tamtschao-Kanal des Westflusses wurde heute von chinesischen Soldaten auf das englische Dampfschiff „Manning" gefeuert. Der als Passagier an Bord befindliche Geistliche des englischen Kriegsschiffes „Glory" erhielt einen Schuß durch das Bein.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin,** 15. Jan. Zur gestrigen Mittagstafel im Königlichen Schlosse war der österreichisch-ungarische Botschafter geladen. Abends wohnte Seine Majestät der Kaiser in Potsdam im Offizierkasino der Leibgarde-Husaren dem Vortrage des Leutnants v. Stolzenberg über dessen Erlebnisse in China bei. Heute hört der Kaiser die Vorträge des Chefs des Civilkabinets v. Lucanus und des Landwirthschaftsministers v. Podbielski und empfängt Mittags den Kontreadmiral v. Senden-Bibran nach dessen Rückkehr aus England.

* **Berlin,** 15. Jan. Seine Majestät der Kaiser wird sich bei den Krönungsfeierlichkeiten in England durch den Prinzen Heinrich vertreten lassen.

* **Berlin,** 14. Jan. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: „Am 15. Januar blickt der Gesandte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Oberst Dr Roth, auf eine 25jährige Thätigkeit als diplomatischer Vertreter der Schweiz beim Deutschen Reiche zurück. Mit vielen Freunden des verdienten Staatsmannes gedenken wir gern seines im diplomatischen Leben seltenen Ehrentages. Minister Roth hat sich in seiner langen, an politischer Arbeit reichen Laufbahn neben der Anerkennung seiner Regierung das Vertrauen und die Werthschätzung der leitenden deutschen Kreise in besonderem Maße zu erwerben gewußt. Unter wechselnden Umständen stellte er sein kluges und taktvolles Wirken in den Dienst der Erhaltung und Befestigung eines unbetrübt freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Schweiz. Das Bewußtsein, diese große Sache mit großem Erfolg gefördert zu haben, wird ihm mit zahlreichen Beweisen der Hochachtung und Verehrung sein Jubiläum verschönern. Wir wünschen aufrichtig, daß es Herrn Dr Roth vergönnt sein möge, in unserer Mitte noch viele Jahre wie bisher thätig zu sein für treue Nachbarschaft zwischen dem Deutschen Reiche und dem Lande der Eidgenossen."

* **Darmstadt,** 15. Jan. Seine Königliche Hoheit der Großherzog begibt sich zur Theilnahme an der Geburtstagsfeier Seiner Majestät des Kaisers demnächst nach Berlin.

* **Budapest,** 15. Jan. Koloman Tisza ist im Wahlbezirk Abrudbanya einstimmig zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. (Damit ist seine Kraft dem Parlament wieder gewonnen. D. R.)

* **Paris,** 15. Jan. Die Staatsanwälte von Paris, Lyon, Bordeaux, Marseille und anderen Städten haben die strafrechtliche Untersuchung gegen mehrere Mitglieder des Jesuitenordens wegen Vergehens gegen das neue Vereinsgesetz angeordnet.

* **Paris,** 14. Jan. Senat. Der Alterspräsident Wallon hält eine Ansprache, in der er den Wunsch ausdrückt, daß der Senat sich leiten lasse von den großen Prinzipien von 1789, Gleichheit und Freiheit, welche die Lebensbedingungen der Republik seien. Hierauf vertagt sich der Senat auf Donnerstag zur Wahl des Bureaus. In der Kammer hält Alterspräsident Rouline eine Ansprache, in der er den Wunsch ausspricht, daß die gegenwärtige kurze Session eine wirksame Vorbereitung sei für die große demnächstige Wahlcampagne. Redner wünscht ferner, daß die Wähler die Stimmen derjenigen hören, welche geleitet werden von der Liebe zum Vaterlande, der Achtung vor der Armee und Heiligkeit der französischen Fahne. — Die Kammer wählte im weiteren Verlauf der Sitzung Deschanel mit 288 von 307 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder. Cochery, Aynard, Maurice Faure und Mesureur wurden zu Vicepräsidenten gewählt.

* **Algier,** 14. Jan. Max Regis wurde heute verhaftet. Da er die Geldstrafen, zu denen er in verschiedenen Verleumdungsprozessen verurtheilt war, nicht leistete, hat er eine dreijährige Haft zu verbüßen.

* **London,** 15 Jan. Wie die „Times" aus Washington vom 14. d. M. melden, ist Whitelaw Reid zum Botschafter in besonderer Mission ernannt worden, um die Vereinigten Staaten bei den englischen Krönungsfeierlichkeiten zu vertreten.

* **London,** 15. Jan. Der „Standard" sagt in einem Artikel über den Censusbericht für Schottland, in welchem besprochen wird, welche Reste der keltischen Bevölkerung sich dort noch vorfinden, daß die Existenz von mehr als einer Sprache in demselben Staate vom praktischen Gesichtspunkte aus eine solche Unzuträglichkeit bilde, daß, wenn sentimentale Erwägungen die einzige Entschuldigung dafür seien, eine weniger brauchbare Sprache lebendig zu erhalten, die Regierung berechtigt sei, darauf zu bestehen, daß die Sprache der Mehrheit von Allen erlernt werde.

* **Barcelona,** 14. Jan. Der Arbeiterstreik hat sich verschlimmert. Die Ausständigen, welche mit Waffen versehen sind, griffen verschiedene Fabriken an, bemächtigten sich der Werkzeuge und zerstörten die Maschinen. Man glaubt, daß die Ausständigen denselben sechs Monate hindurch aushalten können, da sie Unterstützungen vom Auslande erhalten. Die Arbeitgeber der Metallfabriken richteten an die Senatoren, Deputirten und Behörden eine Denkschrift, in welcher sie ausführen, die Werkstätten würden morgen auf der Grundlage des zehnstündigen Arbeitstages geöffnet sein Allein, wenn der Ausstand und die Akte der Einschüchterung andauerten, würden sie die Werkstätten schließen, indem sie die Freiheit, auszuwandern und sich unter den Schutz eines fremden Landes zu stellen, in Anspruch nehmen.

* **Washington,** 15. Jan. Im Senat brachte Mason eine Resolution ein, die besagt, daß die Gegenseitigkeitslehre, wie sie in der McKinley- und Dingley-Bill dargelegt sei, die wahre Lehre sei und im Interesse der Wohlfahrt der Vereinigten Staaten liege. Die dem Senat vorliegenden Verträge sollten in Berathung gezogen werden zum Zweck der Beschlußfassung in der gegenwärtigen Session.

Verschiedenes.

† **Berlin,** 15. Jan. (Telegr.) Hier ist leichter Schneefall eingetreten.

† **Brüx,** 14. Jan. (Telegr.) Gegen Mittag ist ein Wassereinbruch im Jupiterschacht erfolgt. Von 116 Mann der Belegschaft werden 43 vermißt, darunter der Betriebsleiter, Ingenieur Seemann und 2 Aufsichtsbeamte. Ueber das Schicksal der im Schachte Eingeschlossenen ist zur Zeit nichts Bestimmtes bekannt.

† **Brüx,** 15. Jan. (Telegr.) Der Wasserstand im Jupiterschachte ist um 1 m gesunken Man hofft, wenn das Sinken anhält, heute noch in den Schacht eindringen zu können.

† **Paris,** 15. Jan. (Telegr.) Auf Anregung des „Matin" hat sich eine Liga zum Schutze des Menschenlebens gebildet, welche den Zweck verfolgt, jede Fälschung von Nahrungsmitteln und Getränken, insbesondere der Milch, rücksichtslos zu bekämpfen Vorsitzender der Liga ist der Deputirte und frühere Staatsanwalt Cruppi Dem Ausschuß gehören viele bekannte Parlamentarier und Gelehrte an.

† **Paris,** 15 Jan. (Telegr) Der Gemeinderath nahm in einer bis Mitternacht währenden Sitzung mit 41 gegen 37 zumeist sozialistischen Stimmen einen Antrag an, daß die Stadt mit der Gasgesellschaft einen Kompromiß schließt, wonach unter finanzieller Betheiligung der Stadt eine neue Gesellschaft gebildet und der Preis des Gases von 30 auf 20 Centimes pro Kubikmeter herabgesetzt werden soll. Die Sozialisten hatten beantragt, die Stadt solle die Gaserzeugung selbst übernehmen.

† **Paris,** 15 Jan. (Telegr.) Dem „Journal" wird aus Nizza gemeldet, es sei dort ein Ausländer, angeblich ein adliger deutscher Offizier unter Verdacht der Spionage verhaftet worden.

† **London,** 15. Jan. (Telegr.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Petition, welche von einer Anzahl hervorragender Männer unterzeichnet ist, die um die Genehmigung zu Errichtung einer britischen Akademie zur Förderung des Studiums der philosophischen und politischen Wissenschaften bittet.

---

werden mußten, als ursprünglich angenommen war und den eigenen Wünschen des Restaurationsleiters entsprach, so ist dies die unvermeidliche Folge des Umstandes gewesen, daß namentlich in den oberen Theilen des Baus die Fassade in einem viel weitergehenden Prozeß der Verwitterung und Zerstörung sich befunden hat, als man selbst auf Grund der Arbeiten des Schloßbaubureaus anzunehmen veranlaßt war. Dieses Ergebniß ist bemerkenswerth und wichtig auch für die Beurtheilung des Zustandes der Fassaden an anderen Schloßtheilen. Wie die Mitglieder der Schloßbaukonferenz des Jahres 1891 in einem Irrthum über die Beschaffenheit des figuralen Schmucks und über den weitgehenden Zustand der Verwitterung einzelner Fassadentheile sich befanden, der sie zu Beschlüssen veranlaßte, die sich hinterher als nicht durchführbar erwiesen und deren Undurchführbarkeit der Oberbaudirektor Durm, der doch bei jenen Beschlüssen in führender Weise mitwirkte, selber alsbald erkannte, so kann die Vermuthung nicht ohne Weiteres abgewiesen werden, daß eine ähnliche irrthümliche, nämlich allzu günstige Beurtheilung des baulichen Zustandes anderer wichtiger Schloßtheile auch auf die sonstigen Beschlüsse jener Konferenz maßgebend eingewirkt hat.

(Schluß folgt.)

Heinrich Kruse †

* In Heinrich Kruse, dessen Ableben Montag zu melden war, ist ein Veteran der deutschen Presse dahingegangen. Kruse begann seine publizistische Laufbahn noch in der vormärzlichen Zeit. Seine Anschauung ist am besten als deutsch-national und dabei liberal gekennzeichnet. Kruse war für den Beruf des Tagesschriftstellers auf's Beste vorbereitet. Er hatte eine in sich abgeschlossene Bildung sich angeeignet, hatte durch langen Aufenthalt in mehreren fremden Ländern seinen Blick für die Eigenheiten der Nationalitäten geschärft und gelernt, Einheimisches vergleichend unter Beachtung dessen, was er in der Fremde geschaut, zu betrachten und zu beurtheilen. Er war am 15. Dezember 1815 zu Stralsund geboren studirte von 1833 bis 1837 in Bonn und Berlin Philologie, besuchte in den Jahren 1837 bis 1844 Rußland, Schweden, Norwegen und England, wo er einige Jahre als Erzieher bei Lord Shaftesbury lebte. Er war in den Jahren 1844 bis 1847 Gymnasiallehrer in Minden in Westfalen, 1847 bis 1848 Mitredakteur der „Kölnischen Zeitung", 1848 bis 1849 Redakteur der „Deutschen Zeitung" in Frankfurt a. M., wurde im Jahre 1849 wieder Redakteur und 1855 Chef-Redakteur der „Kölnischen Zeitung", lebte seit 1872 als Vertreter dieses Blattes in Berlin und zog sich im Jahre 1884 nach Bückeburg zurück, wo er bis zuletzt seinen Wohnsitz hatte. Nachdem zuerst kleine poetische Arbeiten von ihm erschienen und beifällig aufgenommen waren, machte Kruse sich später als dramatischer Dichter einen Namen. Seinem mit dem Schillerpreise gekrönten Erstlingsdrama „Die Gräfin" (Leipzig 1868) folgten im Jahre 1870 „Wullenweber" (4. Auflage 1894) und „König Erich" (2. Auflage 1873), 1872 „Moritz von Sachsen", 1874 „Brutus" (2. Auflage 1882), 1876 „Marino Faliero", 1877 „Das Mädchen von Byzanz" (2. Auflage 1885), 1878 „Rosamunde", 1879 „Der Verbannte" (2. Auflage 1881), 1880 „Raven Barnekow", 1881 „Witzlaw von Rügen", 1882 „Alexei", 1888 „Arabella Stuart", 1890 „Hans Waldmann", 1895 „Nero". Der urwüchsige Humor, den einzelne episodische Züge in Kruse's Tragödien verrathen, gelangte zu selbständiger Aussprache in seinen Fastnachtsspielen „Der Teufel zu Lübeck" (1847), „Der eifersüchtige Müller" und „Standhafte Liebe", die im Jahre 1887 vereinigt in Leipzig erschienen. Auch in den „Sieben kleinen Dramen" (Leipzig 1893) überwiegt der Lustspielton. Kruse's dramatische Vorzüge bestehen in einem knappen, kernigen Dialog und einer scharf ausgeprägten, auch im Humorvollen glücklichen Charakteristik der Personen Außerdem schrieb er „Seegeschichten" (erste Sammlung, Stuttgart 1880; zweite Sammlung ebenda 1889), „Strandidyllen" in Hexametern aus dem Leben der Fischer und Schiffer und die als Handschrift für Freunde gedruckte „Erinnerung an Zandvoort" (Bückeburg 1890). Seine Lyrik veröffentlicht er unter dem Titel „Gedichte" (Leipzig 1891). In der Erinnerung des deutschen Volkes wird Kruse viel mehr als der Dichter denn als der Politiker fortleben. Seine Dramen, seine packenden Fastnachtsspiele, seine launigen Seegeschichten sichern ihm dauerndes Gedenken.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydr. v. 15. Jan. 1902.

Ueber Mitteleuropa liegt heute ein Gebiet mit sehr hohem und gleichmäßig vertheiltem Luftdruck, das Barometerstände über 785 mm über dem Kanal aufweist; das Wetter ist deshalb bei mäßigem Froste heiter oder neblig. In Nordwesteuropa ist es unter der Herrschaft einer vor der norwegischen Küste gelegenen Depression sehr mild und regnerisch. Weiteres Anhalten des theils heiteren, theils nebligen Frostwetters ist wahrscheinlich.

Höchste Temperatur am 14. Januar: +2.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: —5.5.

Niederschlagsmenge des 14. Januar 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 15. Jan.: 3.41 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.

Institut Zahn, Anstalt für Gesundheits- und Heilturnen, **Karlsruhe, Viktoriastr. 3** (gegr. 1884). **Orthopädische Gymnastik** bei Rückgratsverkrümmungen, einseitig hoher Schulter, hoher Hüfte, Einwärtsdrehung der Füße u. s. w. **Brustgymnastik** bei Eng- und Schmalbrust, gebückter Haltung, rundem Rücken; besonders für junge Leute zur Erreichung der Militärmaße. **Bewegungskuren** für Personen jeden Alters und Geschlechts, bei Muskelschwäche, körperlicher Unbeholfenheit, Gelenksteifigkeit, Stockungen in den Unterleibsorganen, Dickleibigkeit, Alterserscheinungen u. a. m. **Massage.** — Eintritt jederzeit. Prospekte mit Empfehlungen durch das Institut und die Buchhandlungen von Kundt und Ulrici kostenfrei zu beziehen.

Mein Geschäftszimmer befindet sich von heute ab

Friedrichsplatz Nr. 9

eine Treppe hoch.

Karlsruhe, den 11. Januar 1902.

Dr. Robert Süpfle,
Rechtsanwalt.

P596.2

Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt

(Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit)

Gegründet 1838. **in Berlin, Kaiserhofstr. 2.** Gegründet 1838.

Renten- u. Kapitalversicherung
auf den Lebensfall,

besonders empfehlenswerth zur Erhöhung des Einkommens, zur Altersversorgung und zur Sicherstellung der Mittel für Aussteuer, Studium und Militärdienst. P 286.1

Vertreter: Ernst Wegrich in **Karlsruhe,** Amalienstr. 40.

Ziehung garantirt
24. und 25. Januar 1902.

Nächste Grosse Badische
Invaliden-Geldlotterie
des Bad. Militärvereinsverbandes
zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder und deren Angehörigen.

2288 Geldgewinne
Zahlbar ohne Abzug im Betrage von
Mk. 42 000

Haupttreffer	Mk.	20 000
1 Hauptgewinn	Mk.	20 000
1 Gew. baar	Mk.	5000
2 Gew. baar	„	2000
4 Gew. baar	„	2000
20 Gew. baar	„	2000
100 Gew. baar	„	2000
200 Gew. baar	„	2000
560 Gew. baar	„	2800
1400 Gew. baar	„	4200

Loose à 1 Mk. | Porto und Liste 25 Pf. extra
II „ 10 „ |
Nachnahme erhöht das Porto.

empfiehlt P427.11
J. Stürmer,
Generaldebit Strassburg i. E.

Carl Götz, E. Wegmann, Chr. Wieder, L. Michel, B. Jünke. — A. van Perlstein & Co., E. Bischoff, C. Reinhardt sen.

Nutzholz-Verkauf.

Die Stadtgemeinde **Bräunlingen** (Station der Bregthalbahn) verkauft aus der Gemeindewaldung am **Samstag den 25. Januar 1902, Vormittags 9½ Uhr,** im Rathhaussaal zu Bräunlingen in öffentlicher Steigerung 4300 Stück trockene Nadelholzstämme und Klötze I.—V. Klasse mit 4000 fm, 650 Stück Baustangen 3500 Stück Hopfenstangen I—IV. Klasse 5500 Stück Rebstecken und 2000 Stück Bohnenstecken.

Waldmeister **Reichmann** fertigt Auszüge und ertheilt nähere Auskunft.

Bräunlingen, den 14. Januar 1902.

Der Gemeinderath. [P640.1
Bertsche, Bürgermeister.
vdt. Reichmann, Waldmeister.

Nutzholz- und Brennholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Kippenheim (bei Lahr, Baden) versteigert aus Domänenwald „Kaiserswald" Schlag 1 (unmittelbar an der Straße Kippenheimweiler-Nonnenweier gelegen) jeweils Vormittags 10 Uhr beginnend im Gasthaus zur Linde in Kippenheimweiler (Bahnstation Kippenheim).

Montag, den 20. Januar 1902:
2 Eichen I. Kl., 2 II., 5 III., 2 Ausschuß; 23 Eschen I., 76 II., 2 Ausschuß, 6 Erlen II, 8 Hainbuchen I. und II., 3 Ahorn I. und II., 4 Ruschen und Iffen I. und II., 2 Maßholder I. und II.; 12 Ster Erlen-Nutzrollenholz (2 m lang) 63 Ster Aspen-Papierholz.

Dienstag, den 21. Januar 1902:
31 Ster eichenes, 120 Ster eschenes, 21 Seer gemischtes Scheitholz, 101 Ster eschenes, 166 Ster erlenes 23 Ster gemischtes Prügelholz, 13725 Stück gemischte Wellen, 300 Halbfaschinen, 12 Loose Schlagraum und mehrere Haufen unaufbereitetes Reis. P'593

Der Hiebschlag ist 4—6 Kilometer von den Bahnstationen Kippenheim und Dinglingen entfernt. Vorzeiger der Hölzer: Forstwart Schell in Kippenheimweiler, welcher auch auf Verlangen Listenauszüge fertigt.

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Das deutsche Auslieferungsrecht
und
Die Rechtshilfe in Strafsachen im Verhältnis zum Reichsausland
mit den
annotierten Auslieferungsverträgen des Deutschen Reichs und der Bundesstaaten
von
Dr. jur. A. Grosch,
Staatsanwalt.

Preis gebunden 7 Mk. 50 Pf.

Gerichten, Staatsanwaltschaften, Verwaltungsbehörden, Consulaten und allen sonstigen amtlichen Stellen, die sich mit Auslieferungs- und Rechtshilfefällen zu befassen haben, kann dieses Buch als Nachschlagewerk angelegentlichst empfohlen werden. P'641.1

Karlsruhe. **Macklot'sche**
Buchhandlung u. Buchdruckerei.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Ladung.

P'612.1 Nr. 778. Mannheim. Der Redakteur Julius Wolff in Mannheim vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Köhler und Dr. Mayer daselbst, klagt gegen den Buchdruckereibesitzer Arthur Juillerat-Chasseur seither in Mannheim, jetzt unbekannten Aufenthalts, unter der Behauptung, daß der Beklagte den Ende September 1901 zwischen den Streittheilen zu Stande gekommenen Dienstvertrag nicht erfülle, mit dem Antrag:

„der Beklagte ist schuldig, den mit dem Kläger Ende September 1901 abgeschlossenen Dienstvertrag zu erfüllen und demzufolge dem Kläger die Stellung eines Feuilleton-Redakteurs und eine administrative Thätigkeit bei dem „General-Anzeiger der Stadt Mannheim" zu gewähren, sowie dem Kläger für die Zeit vom 1 Januar 1902 bis 31. Dezember 1904 einen jeweils am Letzten eines jeden Monats fälligen Gehalt von 500 Mark nebst 4% Zinsen vom Fälligkeitstage an zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens zu tragen.

Das Urtheil wird gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Civilkammer des Gr. Landgerichts zu Mannheim auf
Mittwoch, den 26. März 1902,
Vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Mannheim, den 10 Januar 1902.
Schneider,
Gerichtsschreiber der Gr. Landgerichts.

Ladung.

P.624.1. Nr. 746. Lahr. In Sachen Anna Port, ledig, Dienstmagd in Metz — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hoeppe in Metz und Gebhardt in Lahr — gegen Albert Rösch, Braumeister, früher in Lahr, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Unterhalts ladet Klägerin den Beklagten zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Lahr auf
Montag den 24 Februar 1902,
Vormittags 10 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird diese Ladung bekannt gemacht.

Lahr, den 13. Januar 1902.
Eisenträger,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Ladung.

P.610.1. Nr. 28220. Lahr. Die Firma L. Gernsbacher in Bühl klagt gegen Kaufmann Ludwig Moch von Nonnenweier, jetzt unbekannten Aufenthalts, aus Kauf mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurtheilung zur Zahlung von 110 M. und 5% Zins vom 1. Januar 1896 bis dahin 1900, von da ab 4%, sowie von weiteren 5 M.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Lahr auf
Donnerstag den 27 Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Lahr, den 10. Januar 1902.
Eisenträger,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts

Ladung.

P.637.1. Nr. 540. Karlsruhe. Der Gastwirth Johann Wilhelm Wolz zu Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. M. Friedberg in Karlsruhe, klagt gegen den Buchdrucker Gottfried Ribm früher zu Karlsruhe, z. Zt. an unbekannten Orten, unter der Behauptung, daß ihm derselbe aus Miethvertrag die Summe von 900 M. schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige Verurtheilung zur Zahlung von M. 900.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Civilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Karlsruhe auf
Montag den 17. März 1902,
Vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 10. Januar 1902.
Hottinger,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

P'622. Nr. 1873 II. Mannheim. Ueber den Nachlaß des verstorbenen Taglöhners Jakob Schaaf von Neckarau wird heute Nachmittags 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Waisenrath Karl Becker hier.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1902 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Montag den 10. Februar 1902,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte Abth. 6, II. Stock, Zimmer 10, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1902 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 13. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Christ.

P'600. Nr. 883. Donaueschingen. Ueber das Vermögen des Bäckers Peter Selb in Blumberg wurde heute am 13. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Josef Wehinger in Donaueschingen wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 13. Februar 1902 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag den 13. Februar 1902,
Vormittags 10 Uhr,
zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Dienstag, den 25. Februar 1902,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 3 Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Februar 1902 Anzeige zu machen.

Donaueschingen, 13. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
K. Bernauer.

P'567. Nr. 98. Donaueschingen. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Math. Scheyer von Riedöschingen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke, auch zur Anbringung etwaiger Einwendungen gegen die Gebühren der Ausschußmitglieder der Schlußtermin auf
Dienstag, den 4. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hier bestimmt.

Donaueschingen, den 8. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
K. Bernauer.

P'568. Nr. 704. Pforzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gottlieb Schmid in Pforzheim ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Einstellung des Konkursverfahrens, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist, auf
Samstag den 25 Januar 1902,
Vormittags 10 Uhr,
vor Großh. Amtsgericht dahier, Zimmer Nr. 18, bestimmt.

Pforzheim, den 11. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Lohrer.

P'566. Nr. 731 Durlach.
Das Konkursverfahren über das Vermögen des Wirths Karl Mall von Söllingen betr.

Zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen ist Termin anberaumt auf
Montag den 3. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hierselbst.

Durlach, den 9. Januar 1902.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.
Frank.

P'623. Nr. 503. Oberkirch.
Das Konkursverfahren über das Vermögen des Sägmüllers Karl Ziegler von Oberkirch betr.

Zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses ist der Schlußtermin bestimmt auf
Montag den 3. Februar 1902,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hierselbst.

Oberkirch, den 11. Januar 1902.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts:
Schneider.

P'638. Lörrach. In dem Konkurse über das Vermögen des David Schray, Baumeister dahier soll die Schlußvertheilung stattfinden. Die nicht bevorrechtigten Forderungen betragen 90 930.14 M., die verfügbare Masse beträgt 9580.50 M. Das Schlußverzeichniß liegt auf der Gerichtsschreiberei Großh. Amtsgerichts Lörrach zur Einsicht der Betheiligten offen.

Lörrach, den 10. Januar 1902.
Der Konkursverwalter:
Jacob.

Zwangsvollstreckung

P.362. Nr. 394. Offenburg.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Offenburg belegene, im Grundbuche von Offenburg zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Drahtflechters Konrad Schmid in Offenburg eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Dienstag, den 18. Februar 1902, Nachmittags 2½ Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat im Rathhause zu Offenburg versteigert werden:

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Dezember 1901 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist Jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstücks.

Grundbuch von Offenburg, Band 12, Heft 16, Bestandsverzeichniß 1.

Lfd. 4107, 28 a, 80 qm Hofraithe und Ackerland mit Gebäulichkeiten, In der Wann, Ortenbergerstraße Nr. 5. Auf der Hofraithe steht ein Werkstättegebäude mit Wohnung und Abtrittanbau, zweistöckig M. 33 700

Zu dem Anwesen gehören und werden mitversteigert die in demselben befindlichen, zu der in dem Anwesen bisher betriebenen Drahtflechterei gehörigen Maschinen und Handwerksgeräthe sowie sonstige Einrichtung, welche in der Schätzungsurkunde einzeln aufgeführt sind M. 4 100

Gesammtschätzung: M. 37 800
(Dreißigsiebentausendachthundert M.)

Offenburg, den 21. Dezember 1901.
Großh. Notariat Offenburg IV als Vollstreckungsgericht.
Meyer.

Strafrechtspflege.

Ladung.

P.235.3. Triberg.

1. Der am 29. August 1874 zu Glems geb. Schreiner und Reservist Johann Jakob Herr.
2. Der am 25. September 1869 zu Waltersweier geb. Ziegler und Reservist Adolf Fuchs.
3. Der am 4. August 1872 zu Schonach geb. Bäcker und Reservist Wilhelm Ketterer.
4. Der am 13. Mai 1867 zu Schonach geb. Fabrikarbeiter und Wehrmann I. Aufgebots Kosmos Kienzler
5. Der am 5. Oktober 1868 zu Maulburg geb. Korbmacher und Ersatzreservist Viktor Scheffel

welche sämmtlich zur Zeit im Deutschen Reich nicht zu ermitteln sind, und welchen zur Last gelegt wird, daß sie in den Jahren 1898 bezw. 1899 an nicht zu bestimmenden Tagen als beurlaubte Reservisten bezw. Kienzler als Wehrmann der Landwehr und Scheffel als Ersatzreservist ohne Erlaubniß oder ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, ausgewandert sind.

Uebertretung des § 360[3] R.-Str.-G.-B, werden auf Anordnung Großh. Amtsgerichts hierselbst auf
Donnerstag, den 20 Februar 1902,
Vormittags 11 Uhr.
vor das Großh. Schöffengericht Triberg zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden.

Triberg, den 27. Dezember 1901.
Rödle,
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

Ladung

P.505.2. Nr. 61 839. Heidelberg. Der am 18. August 1876 zu Paris geborene, zuletzt in Heidelberg wohnhafte, z. Zt. im Ausland befindliche Student der Rechte Christian von Schauber wird beschuldigt, als beurlaubter Reservist ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein.

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierselbst auf
Samstag den 22. März 1902,
Vormittags 9 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Heidelberg ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Heidelberg, den 8. Januar 1902.
Fabian,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

P.616.1. Nr. 176. Heidelberg.

Bauarbeiten-Vergebung.

Für den Neubau einer Universitäts-Ohrenklinik in Heidelberg sollen nachstehende Bauarbeiten im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.

		veranschlagt zu M.
1	Verputz- u. Gipserarbeiten	13 320 63
2	Schreinerarbeiten	8 137.01
3	Parketbodenlieferung in Asphalt	6 977 68
4	Glaserarbeiten	8 566 53
5	Schlosserarbeiten	10 041.20
6	Maler- u. Tüncherarbeiten	9 415 92
7	Pflästererarbeiten	522 84

Arbeitsauszüge werden vom 17. Januar d. J. jeweils **Vormittags** auf dem Baubureau **Voßstraße 3** in Heidelberg abgegeben, woselbst auch die Pläne, Muster und Bedingungen zur Einsicht aufgelegt sind.

Die auf Einzelpreise zu stellenden und auszurechnenden Angebote sind spätestens bis
Samstag, den 1. Februar, Vormittags 9 Uhr,
postmäßig verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bei unterzeichneter Stelle, Sophienstraße 21, einzureichen.

Heidelberg, den 16. Januar 1902.
Großh. Bezirksbauinspektion.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Jedermann ist freundlich